

LMV am 6. November 2004 in Marburg/Lahn

Resolution zur Situation bei OPEL

AntragstellerInnen: Margareta Wolf, Elke Cezanne, Thorsten Winter, Ursula Hammann, Heiner Friedrich, Jo Dreiseitel, Dennis Grieser (alle KV Groß-Gerau), Matthias Berninger (KV Kassel-Land)

"(...) work with governments and communities in which we do business to improve the quality of life in those communities..."

(Auszug aus den "Global Sullivan Principles of General Motors")

Die Landesmitgliederversammlung hat beschlossen:

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen unterstützen mit Nachdruck den vom Gesamtbetriebsrat der Adam Opel AG geforderten Verzicht auf Werksschließungen und betriebsbedingte Kündigungen.

Die aktuelle Krise bei Opel ist maßgeblich auf Managementfehler zurückzuführen. Dieser Krise stereotyp mit Stellenstreichungen begegnen zu wollen, widerspricht dem Gebot der ökonomischen Vernunft und der Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sinnvoller wäre es, die strukturellen Defizite gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat anzugehen.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass Bundesregierung und Landesregierung an einem Strang ziehen müssen, um erfolgreich den Standort Rüsselsheim zu sichern. Deshalb sind Versuche der Landesregierung, der Bundesregierung eine Mitschuld an der GM-Krise zuzuweisen, nicht hilfreich. Der Hessische Wirtschaftsminister Rhiel sollte zukünftig davon absehen, sich mit „offenen Briefen“ an den Bundeswirtschaftsminister profilieren zu wollen. Nur gemeinsam und entschlossen können Bund und Land Opel in Rüsselsheim im globalen Standortwettbewerb stärken.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen die vom Gesamtbetriebsrat von GM Europe unterbreiteten Umstrukturierungsvorschläge. Sie sind Ausdruck dafür, dass gelebte Mitbestimmung ein Instrument der Verantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für zukunftsfähige Arbeitsplätze am Automobilstandort Deutschland ist. Das vom Betriebsrat vorgelegte Umstrukturierungsprogramm setzt auf flache Hierarchien, Vermeidung von Doppelstrukturen in Planung, Vertrieb, Public Relations und Marketing. Es stellt die Weichen für den Aufbau einer europäischen Aktiengesellschaft und beendet eine Unternehmensstruktur, die eine Europazentrale in Zürich vorsieht.



Landesverband Hessen

ABSTIMMUNG

Abgegebene Stimmen:

Gültige Stimmen:

Ungültige Stimmen:

JA-Stimmen: Mehrheitlich

NEIN-Stimmen: 0

Enthaltungen: 2

EMPFEHLUNG der Antragskommission

Übernahme

Nichtbefassung

Modifizierte Übernahme

Abstimmung

Es ist seit Jahren bekannt, dass das Unternehmen GM Europe mit seinen mehr als 100 Einzelunternehmen zu komplex ist. Darüber hinaus ist es augenscheinlich, dass das Management mit seiner verfehlten Produktpolitik die europäische Nachfrage nicht ansprechen konnte und auch nicht in der Lage war, zwischen den Nachfrageprofilen des US- und des europäischen Marktes zu differenzieren. Diese betriebswirtschaftlichen Fehler wurden flankiert durch eine Personalpolitik des „Kommens und Gehens“ auf den Verantwortungs- und Führungsebenen von GM Europe und der Adam Opel AG.

Das Konzept des Gesamtbetriebsrats ist Ausdruck einer sich weiterentwickelnden, verantwortungsvollen und modernen Mitbestimmung. Dass die Führung des Mutterkonzerns auf dieses Konzept lediglich mit der Drohung reagiert, Arbeitsplätze zu streichen, ist verantwortungslos und schadet dem Image der Traditionsmarke Opel auf dem von Mitbestimmungskultur positiv geprägten europäischen Automobilmarkt.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind überzeugt, dass die derzeitige betriebswirtschaftliche Verantwortung und Solidarität an den Opelstandorten, Indikator dafür ist, dass das

Instrument der Mitbestimmung ein Exportschlager in andere Regionen der industrialisierten Welt gerade unter den Bedingungen der Globalisierung sein kann und muss. Deshalb treten wir Versuchen aus dem Arbeitgeberlager, die Mitbestimmung in Deutschland auszuhöhlen, mit allem Nachdruck entgegen!

Die hessischen GRÜNEN versichern den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Betriebsräten bei GM Europe ihre Solidarität und Unterstützung.